




INHALT / SOMMAIRE

	Politik	2
	Organisationen	7
	Dienstleistungen	9
	Verbandsstruktur	10
	Politique	12
	Organisations	17
	Prestations de service	20
	Structure de l'Union	21
	Vertretungen / Représentations	23
	Erfolgsrechnung / Comptes d'exploitation	26
	Vermögensrechnung / Détail de la fortune	27
	Bericht der Revisionsstelle / Rapport des réviseurs	28
	SSV-Mitglieder / Membres de l'UVS	29

POLITIK

Agglomerationspolitik: Positive Zwischenbilanz

Die schweizerische Innenpolitik zeichnet sich vielfach durch ein erstaunliches Beharrungsvermögen aus. Grundsätzliche Veränderungen werden oft nur ungern zur Kenntnis genommen und die notwendigen politischen Massnahmen nur zögerlich umgesetzt. Unser territorialer Staatsaufbau, der sich seit der Gründung des Bundesstaates nur wenig verändert hat, begünstigt die Reformfähigkeit kaum.

Andererseits haben die starke Zunahme der Mobilität und die weltweite Öffnung der Märkte die Urbanisierung unseres Landes beschleunigt. Es sind vernetzte urbane Räume entstanden. Auch in den so genannten Berg- und Randgebieten sind Zentren herangewachsen.

Lange haben sich Bund und Kantone dieser Entwicklung und Problematik verschlossen. Beharrlich haben aber Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, die Städte und ihre Delegierten in den eidgenössischen Räten und der Städteverband auf einer Anerkennung der Problematik und der Umsetzung der notwendigen politischen Massnahmen bestanden. Erste Erfolge haben sich eingestellt, und es lässt sich heute eine positive Zwischenbilanz ziehen.

Agglomerationspolitik als Bundesaufgabe

Mit der Schlussabstimmung anlässlich der Herbstsession 2006 der eidgenössischen Räte in Flims wurden das Infrastrukturfondsgesetz sowie der Bundesbeschluss über den Gesamtkredit für den Infrastrukturfonds gutgeheissen. Damit sind nun erstmalig Finanzierungsmittel für den Agglomerationsverkehr in grösserem Umfang gesichert, nämlich 6 Milliarden Franken. Finanziert werden künftig Investitionen in den öffentlichen und privaten Verkehr, welche die Anforderungen des Bundes erfül-

len. Der Finanzierungsbeitrag beträgt im Maximum 50% der anrechenbaren Investitionskosten. Für baureife dringende Projekte, die im Jahr 2008 in Angriff genommen werden, haben die eidgenössischen Räte bereits 2,5 Milliarden Franken gesprochen. Die verbleibenden 3,5 Milliarden Franken werden nicht mehr für einzelne Projekte aufgewendet, sondern für Agglomerationsprogramme, welche die Infrastrukturprojekte jeweils einer Agglomeration zusammenfassen. In den Genuss dieser Mittel kommen die rund 50 Agglomerationen und regionalen Zentren unseres Landes. Da das Referendum nicht ergriffen wurde, kann der Bundesrat die Vorlage auf den 1. Januar 2008 in Kraft setzen.

Der Bund hat in den letzten fünf Jahren mit seiner Unterstützung der Aktivitäten der Kantone, Städte und Gemeinden einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Agglomerationspolitik in unserem Land geleistet. Insbesondere die Förderung von insgesamt 31 Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den Agglomerationen hat eine entscheidende Signalwirkung gezeigt. Zusätzlich stellt auch die Mitfinanzierung der Investitionen des Agglomerationsverkehrs einen wichtigen Impuls für die engere Zusammenarbeit in den Agglomerationen dar, macht doch der Bund die Zusage der entsprechenden finanziellen Mittel von Agglomerationsprogrammen abhängig, die Besiedlung und Verkehr in Übereinstimmung bringen müssen.

Für die betroffenen Städte, Gemeinden und Kantone ist es aber unerlässlich, dass der Bund seine Anstrengungen in der Agglomerationspolitik intensiviert und gesetzlich absichert. Der Schweizerische Städteverband und die Tripartite Agglomerationskonferenz haben deshalb vom Bundesrat verlangt, die Agglomerationspolitik des Bundes gesetzlich zu verankern. Bei der Behandlung des Zwischenberichtes über die «Agglomerationspolitik des Bundes» hat die Landesregierung diesem Begehren entsprochen und den Beschluss gefasst, die Agglomerationspolitik im Rahmen der laufenden Revision des Raumplanungsgesetzes rechtlich zu sichern und zu regeln.

Impulse der Tripartiten Agglomerationskonferenz

Die im Jahre 2001 gegründete Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) hat mitgeholfen, der Agglomerationspolitik neu-



en Schwung zu geben. Die aktuellen politischen Themen werden in der Konferenz im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den urbanen Raum diskutiert und untersucht. Nicht zu unterschätzen ist der klimatische Wandel, den die Tripartite Agglomerationskonferenz herbeigeführt hat. Einmal wurden die Kantone für die Probleme der Agglomerationen sensibilisiert. Zum Zweiten ist es Usanz geworden, dass die Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen und den Kommunen gemeinsam am gleichen Tisch sitzen und gemeinsam Problemlösungen suchen. Auf der Grundlage dieser Gesprächskultur ist zum Beispiel das Projekt «Raumkonzept Schweiz» entstanden. Unter der Leitung des Vorstehers des UVEK, Bundesrat Moritz Leuenberger, arbeiten Bund, Kantone und Kommunen gemeinsam und paritätisch an einem neuen Raumkonzept für unser Land. Das Raumkonzept orientiert sich an der Urbanisierung der Schweiz.

Weiter hat die Konferenz zwei Grundlagen für die Zusammenarbeit in den Agglomerationen geschaffen: Im Jahre 2004 hat sie einen Bericht über die «Horizontale und vertikale Zusammenarbeit in der Agglomeration» veröffentlicht und an einer Tagung vorgestellt. Diese Empfehlungen, die auf die Zusammenarbeit von Agglomerationen innerhalb eines Kantons ausgerichtet sind, wurden nun ergänzt durch ein zweites Werk über die «Verstärkung der Zusammenarbeit in den kantonsübergreifenden Agglomerationen.»

Agglomerationen in Bewegung

Auf der Ebene der einzelnen Agglomerationen führen der zunehmende Problemdruck, die Notwendigkeit des gemeinsamen Auftritts für Städte und Gemeinden im Standortwettbewerb sowie die Fördermassnahmen des Bundes zu einem Überdenken der Strukturen und zur Suche nach neuen Lösungsmöglichkeiten. Im Rahmen dieser Fördermassnahmen haben mehr als 30 der 50 Agglomerationen unseres Landes die Zusammenarbeitsprojekte intensiviert. Von den Modellen der einfachen Zusammenarbeit bis zu verbindlich geregelten und demokratisch abgesicherten Zusammenarbeitsmodellen sind zahlreiche Projekte in Arbeit. Besonders komplex sind die Lösungen für die kantonsübergreifenden Agglomerationen.

Ob sich verbindliche Zusammenarbeitsmodelle oder gar Fusionen durchsetzen, wird die Zukunft zeigen. Interessant

und vielleicht wegweisend dürfte die Entwicklung in der Agglomeration Luzern sein, setzt doch auch die Kantonsregierung auf die Karte Fusion.

Politikbereiche

Finanzen / Finanzausgleich

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) befindet sich auf Bundesebene in der letzten Phase. Das gesamte Projekt soll auf den 1. Januar 2008 vom Bundesrat in Kraft gesetzt werden. Bereits gutgeheissen sind die erste Phase, das heisst die Verfassungsgrundlagen sowie die zweite Phase, die Anpassung einer grossen Zahl von Bundesgesetzen. Die Spezialkommission des Ständerates hat die dritte Phase in Angriff genommen, nämlich die Festlegung der Ausgleichsfässer. Der Ressourcenausgleich wird zugunsten der ressourcenschwachen Kantone jährlich mit rund 3 Milliarden Franken gespiesen. Gegenüber dem jetzigen Gleichheitssystem fliessen künftig wesentlich mehr Mittel von den ressourcenstarken zu den ressourcenschwachen Kantonen. Im Rahmen des Lastenausgleichs sollen über den geografisch-topografischen Lastenausgleich 344 Millionen an «benachteiligte» Kantone ausgerichtet werden. Ebenfalls 344 Millionen sind im Rahmen des soziodemografischen Lastenausgleichs für soziale, demografische und Kernstadtlasten der Kantone vorgesehen. Dazu kommt noch ein so genannter Härteausgleich, der in der Übergangsphase einzelnen, bisher bevorzugten Kantonen eine allmähliche Anpassung an die neue Regelung ermöglichen soll.

Der Schweizerische Städteverband hat sich seinerzeit mit Erfolg für die Einführung des neuen soziodemografischen Lastenausgleichs eingesetzt. Der Städteverband kritisiert aber die aus seiner Sicht ungenügende Ausstattung dieses Ausgleichs, und zwar aus folgenden Gründen.

Als Erstes ist einzuwenden, dass innerhalb des soziodemografischen Lastenausgleichs die Aufteilung von $\frac{2}{3}$ zugunsten der A-Lasten (ungünstige Bevölkerungsstruktur) der Kantone und $\frac{1}{3}$ zugunsten der Sonderlasten der Kernstädte den wirklichen Belastungen nicht Rechnung trägt. Gestützt auf das

Gutachten der Firma Ecoplan verlangt der Städteverband eine Aufteilung des Ausgleichs in 38% zugunsten der A-Lasten und 62% zugunsten der Lasten der Kernstädte.

Als Zweites lehnt der Städteverband die vom Bundesrat vorgeschlagene, je hälftige Dotierung des geografisch-topografischen und des soziodemografischen Lastenausgleichs ab. Diese mangels rechnerischer Grundlagen getroffene Annahme am Anfang des Projektes wird vom Gutachten der Firma Ecoplan vom 24. März 2004 über «Kostenrelevanz und Gewichtung von Indikatoren im Lastenausgleich» eindeutig widerlegt. Die differenzierten Forschungsergebnisse ergeben eine Aufteilung von 73% zugunsten des soziodemografischen und 27% zugunsten des geografisch-topografischen Lastenausgleichs. Überdies ist festzustellen, dass die gleichen Kantone, die Nutzniesser des Ressourcenausgleichs sind, in der Regel auch noch in den Genuss des geografisch-topografischen Lastenausgleichs kommen.

Der Schweizerische Städteverband hat seine Haltung zu Beginn dieses Jahres anlässlich eines Hearings vor der Spezialkommission NFA vertreten. Wichtig für die Städte und Gemeinden ist die innerkantonale Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs. Zwei wichtige Elemente konnten auf Betreiben des Städteverbandes schon früher in die Vorlage eingebaut werden. So sind die Kantone verpflichtet, die Mittel aus den Leistungsaufträgen an die Gemeinden als Leistungserbringer weiterzuleiten. Zudem haben die Gemeinden ein Anhörungsrecht. Das Gleiche gilt für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich.

Bei der innerkantonalen Umsetzung des NFA müssen nun die Städte und Gemeinden sowie ihre kantonalen Verbände darauf achten, dass sie bei der Neuordnung der Finanzströme nicht schlechter gestellt werden als bisher.

Verkehr/Infrastrukturfonds

Mit dem auf den 1. Januar 2008 in Kraft tretenden Infrastrukturfonds ist die langfristige Finanzierung der nationalen Strasseninfrastruktur sowie erstmals die Investitionen in den öffentlichen und privaten Agglomerationsverkehr im Umfang

von 6 Milliarden Franken gesichert. Damit wird ein langjähriges Postulat des Städteverbandes erfüllt.

In Abhängigkeit von der Grösse der Agglomerationen lassen sich der Handlungsbedarf und die zu treffenden Massnahmen wie folgt charakterisieren:

- In den fünf grossen Agglomerationen bestehen vor allem Kapazitätsengpässe im öffentlichen Verkehr, insbesondere auf der Schiene. Ebenso sind das Nationalstrassennetz und weitere wichtige Hauptverkehrsachsen streckenweise überlastet. Hier drängt sich der Ausbau des öffentlichen Verkehrs kombiniert mit gezielten Netzbauten und Ergänzungen von Nationalstrassen sowie regionalen Strassen auf.
- In den mittleren Agglomerationen führen die teilweise starken Belastungen der Strassennetze zu Behinderungen des busgestützten Netzes des öffentlichen Verkehrs. In diesen Agglomerationen drängt sich ein Ausbau des Busnetzes mit einer besseren Verknüpfung an den Schienenverkehr auf. Durch Investitionen ins Strassennetz soll möglichst viel Verkehr vom Agglomerationsstrassennetz auf die Nationalstrassen und die Entlastungsstrassen gelenkt werden.
- In kleineren Agglomerationen bestehen Probleme primär bei stark belasteten Strassenabschnitten. Hier stehen gezielte Ergänzungen des Strassennetzes und insbesondere Ortsentlastungen im Vordergrund.

Bei der Finanzierung der künftigen Bahninfrastruktur bestehen offensichtlich Lücken. Der Städteverband wird darauf achten, dass der Bund aufgrund dieser Ausgangslage keine Bahnprojekte, die nicht dem Agglomerationsverkehr dienen, in den Infrastrukturfonds verschiebt und damit die Mittel für die Agglomerationen schmälert.

Regionalpolitik/ Raumkonzept Schweiz

Die neue Regionalpolitik ist von den eidgenössischen Räten gutgeheissen worden. Allerdings fehlen im Gesetz die in der damaligen Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates vorgesehenen Bestimmungen zur Agglomerationspolitik. Auf Druck der Berggebiete wurden nicht zuletzt die städtischen Anliegen noch vor der Behandlung des Gesetzes in den eidgenössi-



schen Räten vom Bundesrat eliminiert. Aufgrund der Proteste des Städteverbandes hat der Bundesrat nun beschlossen, die urbanen Anliegen im Raumplanungsgesetz zu verankern.

In diesem Zusammenhang ist auch das neue Raumkonzept Schweiz von grosser Bedeutung, welches nun tripartit unter Leitung des Bundes ausgearbeitet wird. Weder eine Schweiz, die sich ausschliesslich auf drei Metropolen konzentriert, noch ein Land, das komplett zersiedelt ist, sind anzustrebende Szenarien. Wünschbar und realisierbar ist eine polyzentrische urbane Schweiz mit wettbewerbsfähigen Metropolitanräumen und einem Städtenetz, das auch Klein- und Mittelstädte umfasst.

Asylproblematik

Mit der Volksabstimmung zum neuen Asyl- und Ausländergesetz wurde eine heftige und lange dauernde politische Diskussion vorläufig abgeschlossen. Die Neuregelung, verbunden mit dem Abbau der Bundesleistungen, wird mittelfristig zu höheren Fürsorgeleistungen der Kantone und der Gemeinden führen. Der Schweizerische Städteverband wird die räumlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Gesetzesbestimmungen kritisch verfolgen.

Strommarkt

Der Ständerat hat im Anschluss an die Beratungen im Nationalrat die zweistufige Marktöffnung mit Referendumsmöglichkeit festgelegt. Er sprach sich auch dafür aus, dass Betrieb und Eigentum der nationalen Netzgesellschaft in einer Hand vereint werden und verhinderte, dass das nationale Übertragungsnetz in ausländische Hände übergehen kann.

Im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens hat der Nationalrat nun mit knapper Mehrheit entschieden, neu die Bündelung von Kleinkunden zuzulassen und damit die zweistufige Liberalisierung wieder zu unterlaufen. Die zuständige Kommission des Ständerates hat aber deutlich gemacht, diese Änderung nicht zu akzeptieren. Der Städteverband wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die zweistufige Einführung der Liberalisie-

rung nicht durchlöchert wird. Ansonst besteht die Gefahr, dass die Vorlage bei einem möglichen Referendum scheitert, wie dies bereits bei der ersten Liberalisierungsvorlage der Fall war.

Soziales

Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung trägt dazu bei, die Zunahme der kommunalen Fürsorgeleistungen zu bremsen. Die Probleme im Sozialbereich sind aber nach wie vor gross. Neben der bekannten Problematik der «working poor» kämpfen Städte und Gemeinden dafür, Arbeitsplätze zu schaffen, welche die Wiedereingliederung von Arbeitnehmenden, die älter sind, Lücken in der Ausbildung aufweisen oder ein beschränktes Leistungsvermögen aufweisen, in den Arbeitsmarkt erleichtern. Zu besonderer Sorge gibt die Zunahme jugendlicher Fürsorgeempfänger Anlass. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich intensiv mit diesen Fragen befasst und die Kontakte zur Wirtschaft und zur Politik intensiviert.

Volkszählung 2010

Das Konzept für die neue Volkszählung sieht eine ausschliesslich registergestützte Zählung ergänzt durch Stichprobenerhebungen vor.

Dieses Konzept setzt aber den Einsatz verschiedener Indikatoren voraus, die von den Städten und Gemeinden noch erarbeitet werden müssen. Dazu gehören der Personenidentifikator, der Gebäudeidentifikator sowie der Wohnungsidentifikator. Vor allem die Frage, ob der Wohnungsidentifikator bereitgestellt werden kann, ist noch offen. Das Gesetz sieht vor, dass auf den Stichtag der Volkszählung allfällige zusätzliche Arbeiten auf Kosten der Gemeinden durchzuführen sind. Neben diesen Unsicherheiten sind bei der reinen Registerzählung mit Stichprobenerhebung zahlreiche kleinräumige und für die Gemeinden und Agglomerationen wichtige Daten nicht mehr erhältlich. Diese unerfreuliche Ausgangslage hat die Kantone und die Kommunalverbände gezwungen, in einem Hearing vor der Staatspolitischen Kommission des Ständerates eine Ergänzung der Registerzählung durch einen

einfachen Fragebogen zu verlangen. Leider ohne Erfolg. Die Zukunft dieses Dossiers ist somit noch offen.

Vernehmlassungen und Hearings

Der Städteverband hat an zahlreichen Hearings von Kommissionen der eidgenössischen Räte teilgenommen, so an Anhörungen zur Revision der Invalidenversicherung, der Neugestaltung des Strommarktes, zum dritten Paket des Neuen Finanzausgleichs sowie zur Volkszählung 2010.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Vernehmlassungen und Anhörungen des Bundes bearbeitet und eingereicht:

- *Volkszählung 2010*
- *Aufhebung BG über Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland/Änderung RPG*
- *Änderung Schwerverkehrsabgabegesetz (SVAG)*
- *Internationale Gesundheitsvorschriften (Revision des Internationalen Sanitätsreglements)*
- *Teilrevision Verordnung über Krankenversicherung (KVV)*
- *Änderung Obligationenrecht (Miete)*
- *Gaststaatgesetz (GStG)*
- *Anpassung Mindestumwandlungssatz berufliche Vorsorge*
- *Anpassungen Schengen/Dublin: VO Einreiseverfahren (VEV); Asylverordnungen I und III*
- *Fakultativprotokoll Beseitigung Diskriminierung der Frau (CEDAW)*
- *Revision Aktien- und Rechnungslegungsrecht im OR*
- *Entwurf Verfassungsbestimmung und Bundesgesetz über die Forschung am Menschen*
- *Änderung Grundversorgungsbestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung*
- *Bundesgesetz über die Produktsicherheit*
- *PI; Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen*
- *VO Massnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit*
- *BG Stromversorgung (StromVG), Rev. Elektrizitätsgesetz (EleG)*
- *Anhörung zum Entwurf für eine neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)*
- *Anpassung Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) im Zusammenhang mit der Durchführung der Fussball-Europameisterschaft 2008*
- *Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen*
- *Revision Ausführungsverordnungen FMG*
- *NFA; Festlegung Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich*
- *Änderung BG über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)*

- *Güterverkehrsvorlage*
- *Entwurf Teilrevision Verordnung über Krankenversicherung (KVV) + zur Verordnung über Versicherungskarte für oblig. Krankenpflegeversicherung (VVK)*
- *Pl. Fluglärm – Verfahrensgarantien*
- *Strukturreform in der beruflichen Vorsorge-Massnahmen für ältere Arbeitnehmende*
- *Änderung Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV)*
- *E-Government-Strategie Schweiz: Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit von Bund und Kantonen*
- *Änderung Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung*
- *Entwurf Bundesgesetz über die Schweiz. Landeswerbung*

Nationale Gremien

Tripartite Agglomerationskonferenz

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) – ein Organ des Bundes, der Konferenz der Kantonsregierungen sowie der Kommunalverbände – behandelt Fragen der Agglomerationspolitik sowie einzelne, für Städte und Gemeinden wichtige Sektoralpolitiken.

Die Tripartite Agglomerationskonferenz befasste sich mit folgenden Themen:

- *Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen*
- *Zwischenbericht zur Agglomerationspolitik des Bundes*
- *Ausländer- und Integrationspolitik*
- *Asylpolitik*
- *Kantonale Agglomerationspolitik*
- *Volkszählung 2010*
- *Öffentlichkeitsarbeit*
- *GATS-Verhandlungen*

Am 1. Februar 2007 führte die TAK zudem eine erfolgreiche nationale Tagung über die Zusammenarbeit in den kantonsübergreifenden Agglomerationen durch. Bei dieser Gelegenheit konnte der entsprechende Bericht der TAK vorgestellt werden.



Parlamentarische Gruppe « Kommunalpolitik »

Die eidgenössische Parlamentariergruppe «Kommunalpolitik», die gemeinsam vom Gemeindeverband und vom Städteverband betreut wird, befasste sich mit folgenden Geschäften: Infrastruktur und Agglomerationsverkehr, Strommarkt, Neuer Finanzausgleich, Volkszählung. Sie hat Entscheidungen zur Durchsetzung der kommunalen Anliegen auf nationaler Ebene beigetragen.

Schweizerischer Gemeindeverband

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband konnten für die Anliegen der Agglomerationspolitik politische Mehrheiten gefunden werden. Aber auch die erzielten Erfolge bei der Aufhebung der Monopolgebühren für das Streusalz sowie dem Rahmenvertrag für die Altpapierverwertung sind auf den engen Schulterschluss der Kommunalverbände, gestützt auf die Arbeiten der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES), zurückzuführen.

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes dankt dem Schweizerischen Gemeindeverband für die loyale Zusammenarbeit.

ORGANISATIONEN

Gemäss Artikel 17 der Verbandsstatuten ist der Verband im Bereich der Kommissionen, Fachorganisationen und Sektionen wie folgt strukturiert:

Kommissionen und Arbeitsgruppen: Weiterhin setzt der Städteverband Kommissionen und Arbeitsgruppen für die Behandlung von sektoralen Problemen ein.

Fachorganisationen: Diese haben ein eigenes Reglement, eigene Finanzen und einen eigenen Mitgliederkreis. Sie sind aber rechtlich unselbständig. Die Geschäftsführung erfolgt durch den Städteverband. Dazu gehört die Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES).

Sektionen: Diese sind rechtlich selbständige Vereine mit eigener Verantwortlichkeit und eigener Organisation. Diese Sektionen sind in ihrem Fachbereich autonom. Für die Vertretung grundsätzlicher politischer Positionen und fachübergreifender Probleme ist der Städteverband zuständig. Dazu gehören die Städteinitiative Sozialpolitik und die Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren.

Kommissionen, Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe Statistik wurde personell erweitert. Diese hat die Statistik der Schweizer Städte 2007 vorbereitet und die Stellungnahme des Städteverbandes zur Volkszählung 2010 erarbeitet.

Die Arbeitsgruppe Informatik befasste sich erneut mit der E-Government-Strategie des Bundes und nahm Stellung zur entsprechenden Vernehmlassungsvorlage des Bundes. An ihrer Jahres Sitzung pflegte sie zudem einen intensiven Erfahrungsaustausch.

Die Arbeitsgruppe e-geo nahm ausführlich Stellung zu den zahlreichen Verordnungen zur Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung.

Die von der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES) geführte Fachgruppe Umwelt und Energie befasste sich erneut mit der Feinstaubproblematik sowie den umweltgerechten Beschaffungen in den Kommunen.

Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES)

Die langjährigen Verhandlungen um eine Finanzierungslösung des Altpapiers konnten erfolgreich abgeschlossen

werden. Der Rahmenvertrag zu Finanzierung der Altpapier-sammlung ist per Januar 2007 in Kraft getreten. Er garantiert den Gemeinden mit Mindestpreisen für die nächsten fünf Jahre eine Absicherung gegen fallende Preise auf dem Altpapiermarkt, lässt aber gleichzeitig Handlungsspielraum für höhere Preise im Einzelvertrag zwischen Gemeinden und Abnehmern.

Gemeinsam mit den Kommunalverbänden erzielte die FES einen Verhandlungserfolg bei der Frage der Monopolgebühren für Auftausalz im Winterdienst. Die Rheinsalinen senken die Gebühr von bisher fünfzig auf einen symbolischen Franken pro Tonne. Damit sparen Städte und Gemeinden jährlich wiederkehrend rund 15 Millionen Franken.

Ebenso hat die FES eine Finanzierungslösung für PET-Getränkflaschen gefordert, nachdem mit der geltenden privatwirtschaftlichen Lösung die Entschädigungen an kommunale Sammelstellen von der Branche massiv gekürzt wurden. Nationalrat Banga hat dazu eine Motion eingereicht.

An der Tagung «Management kommunaler Infrastruktur» wurden die Fragen der mittelfristigen Werterhaltung, Finanzierung und Gebührenpolitik erörtert und der entsprechende Handlungsbedarf aufgezeigt. Das Thema «Sauberkeit und Sicherheit in Städten» stiess auch in der Romandie auf grosses Interesse. An einer Tagung in Lausanne haben Fachleute Lösungsvarianten vorgestellt, wie den Problemen mit interdisziplinärer Zusammenarbeit begegnet werden kann.

Der Ausschuss der FES hat die entsprechenden Vorarbeiten geleistet, um das Aktivitätsfeld der Organisation vermehrt auf Fragen des spartenübergreifenden kommunalen Infrastrukturmanagements auszurichten. Der Mitgliederbestand der FES ist erneut um 10% auf total 180 Mitglieder gestiegen. Die Jahresrechnung der FES schliesst mit einem Gewinn von Fr. 10'210.– ab.

Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr vor allem mit den Dossiers 5. IVG-Revision, Revision

Arbeitslosenversicherung und neues Asyl- und Ausländer-Gesetz befasst. Im Rahmen der Frühlingskonferenz 2006 haben sich die Mitglieder der Städteinitiative vertieft mit der beruflichen aber auch sozialen Integration auseinandergesetzt. Diese ist eine unabdingbare Voraussetzung für SozialhilfebezüglerInnen, um sich von der Sozialhilfe loszulösen. An der Herbstkonferenz 2006 – in diesem Jahr gestaltet als Lernkonferenz – konnten sich Fachleute der Mitgliederstädte über aktuelle Arbeitsintegrationsprojekte austauschen und wertvolle Ideen für die Weiterarbeit vor Ort erarbeiten.

Das Thema Arbeit/Arbeitsintegration wird für die Städteinitiative Sozialpolitik auch in den nächsten Jahren zentral sein. Nebst der Schaffung von zusätzlichen niederschweligen Arbeitsplätzen für Sozialhilfebezügler und -bezüglerinnen im Rahmen von Teillohnprojekten beschäftigt die brennende Frage, wie Schulabgänger und -innen nach der Schule lückenlos in den Arbeitsprozess oder in einen weiterführenden Bildungsweg überführt werden können.

Die Revisions-Vorlage der Arbeitslosenversicherung (ALV) kündigt allerdings einmal mehr massive Überwälzungen auf die Städte und Gemeinden an. Da werden die Städte gefordert sein.

Die Städteinitiative Sozialpolitik schätzt die kooperative und kompetente Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband. Dank diesem Miteinander ist es, unter anderem auch im vergangenen Jahr, gelungen, in Bundesbern den sozialen Stimmen der Städte und Gemeinden etwas mehr Gehör zu verschaffen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik wird geleitet durch

- Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor, Stadt Luzern (Präsident seit 2002)
- Gemeinderätin Marianne Huguenin, Sozialvorsteherin, Renens (Vize-Präsidentin seit 2005; ab 2007 Stadtrat Jean-Christophe Bourquin, Sozialdirektor Stadt Lausanne)
- Stadträtin Maja Ingold, Vorsteherin Departement Soziales, Winterthur (seit 2002)
- Gemeinderätin Edith Olibet, Direktorin für Bildung Soziales und Sport, Stadt Bern (seit 2005).



Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Die KSPD, führte im Berichtsjahr am 27./28. April 2006 ihre Generalversammlung in Bern durch und veranstaltete am 8. September 2006 in Zürich die 4. Urbane Sicherheitskonferenz zum Thema «Sport ohne Gewalt», die sie aufgrund des interdisziplinären Themas neben den Polizeivorstehern und Polizeivorstehern auch für das Ressort Sport und für Fussballfunktionäre öffnete und die auf reges Interesse stiess.

Die KSPD ist in diversen Institutionen vertreten, welche für die Städtischen Polizeikorps von grosser Bedeutung sind, so insbesondere im Verkehrssicherheitsrat und im Stiftungsrat des Schweizerischen Polizeiinstitutes (SPI). Gute Kontakte pflegt die KSPD auch zur Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), zur Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) und zur Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs (SVSP). Das Präsidium hat seit dem Jahr 2002 Stadträtin Esther Maurer, Polizeivorsteherin der Stadt Zürich, inne.

Als Mitglieder amtieren Herr Stadtrat Hubert Schlegel (Polizeivorstand St. Gallen), Frau Stadträtin Roberta Pantani-Tettamanti (Polizeivorsteherin Chiasso) und Frau Stadträtin Doris Cohen-Dumani (Polizeivorsteherin Lausanne). Nebst der strategischen Planung ist es die Aufgabe des Vorstands, Vernehmlassungen des Bundes, vornehmlich an das EJPD, zu erarbeiten und die Vertretung der städtischen Interessen in diversen Gremien wahrzunehmen.

Im Berichtsjahr wurde Frau Doris Cohen-Dumani durch Herrn Stadtrat Marc Vuilleumier und Herr Stadtrat Hubert Schlegel durch Herr Stadtrat Nino Cozzio abgelöst (die offizielle Wahl erfolgt an der nächsten Generalversammlung).

Als beratendes Mitglied nimmt der Direktor des Schweizerischen Städteverbandes, Herr Dr. Urs Geissmann regelmässig an den Vorstandssitzungen der KSPD teil.

Die KSPD als Fachverband unter dem Dach des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) arbeitet selbständig. Die enge Zusammenarbeit mit dem SSV, als dem eigentlichen Ver-

tretungsgremium der städtischen Anliegen gegenüber dem Bund, erweist sich als sehr vorteilhaft. Schwerpunktmässig sind 2006 folgende Geschäfte bearbeitet worden:

- Verordnungsänderung Strassenverkehrsrecht im Zusammenhang mit der Einführung digitaler Fahrtenschreiber
- Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
- Äusserung zum Schlussbericht Arbeitsgruppe IKAPOL der KKJPD
- Verordnungsrevision Anpassung Asylstrukturen; Änderung der AsylVO 2, Finanzierungsfragen und weitere Verordnungen
- Änderung Schwerverkehrsabgabegesetz
- Äusserung Bildungspolitisches Gesamtkonzept – Führung/Organisation SPI
- Äusserung zur Vernehmlassung Änderung Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit BWIS

Die KSPD plante seit längerem einen eigenen Internetauftritt. Einer raschen Realisierung standen finanzielle Gründe entgegen. Per Ende des Berichtjahres wurde nunmehr eine Variante erarbeitet, die im Frühjahr 2007 aufgeschaltet werden kann.

DIENSTLEISTUNGEN

Tagungen, Veranstaltungen

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Raumentwicklung sowie der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz veranstaltete der Städteverband zwei Tagungen zum Thema «Nachhaltige Entwicklung».

Die Tripartite Agglomerationskonferenz führte eine Tagung zur Problematik der kantonsübergreifenden Agglomerationen durch.

Versicherungsberatung

Der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband verfügen über einen gemeinsamen Beratungsdienst, die Firma Trees AG. Ihre Leistungen werden auch von den Mitgliedern des Städteverbandes genutzt.

Empfehlungen zu den SIA-Honorarordnungen

Die Empfehlungen zu den SIA-Honorarordnungen waren wiederum ein Gemeinschaftswerk der Konferenz der Bauorgane des Bundes, des Bundesamtes für Bauten und Logistik, der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz sowie des Schweizerischen Städteverbandes. Die Empfehlungen 2007 sind anfangs Jahr erschienen.

Ebenfalls veröffentlicht wurde der Mustervertrag für die Vorgaben von Planerleistungen der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB), in der auch der Städteverband mitarbeitet.

« Statistik der Schweizer Städte »

Die «Statistik der Schweizer Städte 2007» ist in überarbeiteter Form erschienen. Sie enthält Datenmaterial von 140 Städten und Gemeinden, davon 119 mit mehr als 10'000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Die Herausgabe konnte wiederum dank der Mithilfe der Statistik Stadt Zürich verwirklicht werden.

Zeitschrift « die stadt – les villes »

Die zweisprachige Publikation hat eine Auflage von rund 2'500 Exemplaren und erreicht neben unserem Mitgliederkreis auch Entscheidungsträger in der schweizerischen Politik.

Folgende Themenkreise wurden behandelt: Ausländerintegration, E-Government, Abfallwirtschaft, Verkehr, Neuer Finanzausgleich, Agglomerationen, Wohnen, Sozialhilfe, Einbürgerungen, Binnenmarkt, Informatiksicherheit.

Internetpräsenz

Die Website des Schweizerischen Städteverbandes (www.staedteverband.ch) wird laufend aktualisiert und gibt Auskunft über den Verband und seine Organisation, über aktuelle Medienmitteilungen und Vernehmlassungen, Dienstleistungen usw.

Dokumentations- und Umfragedienst

Der Dokumentations- und Umfragedienst wurde von unseren Verbandsmitgliedern wiederum beansprucht. Unter anderem führte das Sekretariat eine Umfrage zur Behördenentschädigung durch.

VERBANDSSTRUKTUR

Städtetag 2006

Am Städtetag vom 7./8. September 2006 in Siders nahmen dieses Jahr gegen 180 Delegierte, Referenten und Referentinnen und Gäste teil. Als Vertreter des Bundes sprach Pierre-Alain Rumley, Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung. Nach seinem Eröffnungsreferat zum Thema «Raumentwicklung Schweiz» befassten sich weitere Referenten und Referentinnen mit der Regional- und Agglomerationspolitik. An der jährlich durchgeführten Medienkonferenz am Städtetag forderte der Städteverband eine gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik und eine vermehrte Ausrichtung der Sektoralpolitiken auf die urbanen Räume.

Mitglieder

Der Städteverband zählt 125 Mitglieder. Diese weisen insgesamt mehr als 3 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen auf.



Vorstand

Für den zurücktretenden Bruno Heinzlmann, Kloten wurde folgender Nachfolger gewählt: Marcel Wenger, Stadtpräsident, Schaffhausen. Der Vorstand setzt sich somit für die Amtsperiode 2007-2009 wie folgt zusammen:

- *Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident, Aarau (Präsident)*
- *Daniel Brélaz, syndic, Lausanne (1. Vizepräsident)*
- *Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich (2. Vizepräsident)*
- *Christiane Feldmann-Reichen, Stadtpräsidentin, Murten*
- *Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident, Solothurn*
- *Françoise Jeanneret, conseillère communale, Neuchâtel*
- *Fernand Mariétan, président, Monthey*
- *Dr. Guy Morin, Regierungsrat, Basel-Stadt*
- *Dott. Carla Speziali, Sindaco, Locarno*
- *Hans Stöckli, Nationalrat, Stadtpräsident, Biel-Bienne*
- *Urs W. Studer, Stadtpräsident, Luzern*
- *Manuel Tornare, conseiller administratif, Genève*
- *Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Bern*
- *Peter Vogt-Jourdan, Gemeindepräsident, Muttenz*
- *Marcel Wenger, Stadtpräsident, Schaffhausen*
- *Ernst Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur*

Sekretariat

Dr. Urs Geissmann ist Direktor und Geschäftsleiter. Er betreut die Bereiche Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Tagungen und ist Delegierter in den Leitungsorganen der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES), der Städteinitiative Sozialpolitik sowie der Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren. Er vertritt den Verband ausserdem im Verwaltungsrat der Versicherungsberatung Trees AG.

Jean-Philippe von Arx pflegt die Kontakte zur französischsprachigen Schweiz, redigiert das Verbandsorgan «die stadt – les villes» sowie die «Statistik der Schweizer Städte».

Frau Barbara Santschi arbeitet teilzeitlich als Direktionsmitarbeiterin für den Bereich Bundespolitik.

Frau Michelle Bart ist für das Sekretariat und für die Organisation von Veranstaltungen und Kursen zuständig.

Als Teilzeitmitarbeiterin ist Frau Gabriela Pieren für das Rechnungswesen verantwortlich.

Das Sekretariat des Städteverbandes verfügt über 380 Stellenprozent.

Alexandre Bukowiecki ist Geschäftsführer der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES). Ihm steht als Sachbearbeiterin Frau Laura Fellmann zur Seite. Das Sekretariat FES verfügt über 190 Stellenprozent.

Rechnung

Die Rechnung 2006 schliesst mit einem Defizit von Fr. 9'296.65 ab.

Mitgliederbeiträge

Der aktuelle Mitgliederbeitrag beruht auf den Zahlen der Volkszählung 2000 und beträgt unverändert 26 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner.

Bern, Februar 2007

POLITIQUE

Politique des agglomérations: bilan intermédiaire positif

La politique intérieure de la Suisse se caractérise à maints égards par une étonnante force d'inertie: on n'y perçoit souvent les changements fondamentaux qu'à contrecœur et l'on hésite toujours à prendre les mesures politiques nécessaires. La structure territoriale de notre Etat, qui ne s'est que peu modifiée depuis la création de l'Etat fédéral, ne favorise guère la capacité de réforme.

Par ailleurs, la forte progression de la mobilité et l'ouverture des marchés à l'échelle mondiale ont accéléré l'urbanisation de notre pays. Des espaces urbains réticulés sont apparus. Des centres se sont formés jusque dans les régions dites périphériques et de montagne.

Pendant longtemps, la Confédération et les cantons se sont désintéressés de cette évolution et de cette problématique. Mais des représentants de la science, les Villes et leurs délégués aux Chambres fédérales ainsi que l'Union des villes suisses ont persévéré pour que la problématique soit reconstruite et que les mesures politiques indispensables soient mises en oeuvre. Il en a résulté de premiers succès, de sorte que l'on peut aujourd'hui tirer un bilan intermédiaire positif.

La politique des agglomérations: une tâche de la Confédération

Lors de la votation finale, durant la session d'automne 2006 des Chambres fédérales à Flims, la loi sur le fonds d'infrastructure et l'arrêté fédéral concernant le crédit global en faveur du fonds d'infrastructure ont été approuvés. Désormais et pour la première fois, d'importants moyens, à hauteur de 6 milliards de francs, sont ainsi garantis pour financer le transport d'agglomération. Seront financés à l'avenir les investissements dans les transports publics et privés qui satisferont aux exigences de la Confédération. La contribution au financement sera au maximum de 50% des coûts

d'investissement imputables. Les Chambres fédérales ont déjà alloué 2,5 milliards de francs aux projets urgents et prêts à être réalisés, qui doivent débiter en 2008. Les 3,5 milliards de francs restants ne seront plus affectés à des projets individuels, mais aux projets d'agglomération regroupant les projets d'infrastructure d'une agglomération donnée. Les quelque 50 agglomérations et centres régionaux de notre pays bénéficieront de ces fonds. Comme le référendum n'a pas été demandé, le Conseil fédéral pourra mettre le projet en vigueur au 1^{er} janvier 2008.

Au cours des cinq dernières années, le soutien de la Confédération aux activités des cantons, des villes et des communes a constitué une contribution essentielle à la mise en oeuvre de la politique des agglomérations dans notre pays. En particulier, l'encouragement de 31 projets modèles au total, visant à améliorer la collaboration au sein des agglomérations, a eu un effet de signal décisif. En outre, le cofinancement des investissements dans le transport d'agglomération représente une impulsion importante au resserrement de la collaboration au sein même des agglomérations, puisque la Confédération n'alloue les moyens financiers correspondants aux projets d'agglomération que si l'urbanisation et les transports y sont coordonnés.

Toutefois, il est indispensable pour les villes, les communes et les cantons concernés que la Confédération intensifie ses efforts en matière de politique des agglomérations et que des garanties légales soient apportées. C'est pourquoi l'Union des villes suisses et la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) ont demandé au Conseil fédéral que la politique des agglomérations de la Confédération soit ancrée dans la loi. Lors de son traitement du rapport intermédiaire sur la «Politique des agglomérations de la Confédération», le gouvernement a répondu à ce souhait: il a pris la décision de garantir et de réglementer juridiquement la politique des agglomérations dans le cadre de la révision en cours de la loi sur l'aménagement du territoire.

Impulsions de la CTA

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA), créée en 2001, a contribué à relancer la politique des aggloméra-



tions. Les thèmes politiques actuels sont discutés et analysés au sein de la Conférence sous l'angle de leurs effets sur l'espace urbain. Il y a lieu de relever le changement de climat généré par la CTA. Premièrement, les cantons ont été sensibilisés aux problèmes des agglomérations. Deuxièmement, il est devenu d'usage que les représentants de la Confédération, des cantons et des communes s'assoient à la même table et cherchent en commun des solutions aux problèmes. Cette culture du dialogue est par exemple à la base du «Projet de territoire Suisse»: la Confédération, les cantons et les communes travaillent ensemble et paritairement, sous la conduite du chef du DETEC Moritz Leuenberger, à une nouvelle conception du territoire pour notre pays. Ce projet est axé sur le développement urbain de la Suisse.

En outre, la CTA a créé deux bases pour améliorer la collaboration dans les agglomérations. En 2004, elle a publié et présenté lors d'une journée d'étude un rapport «Collaboration horizontale et verticale dans les agglomérations». Ces recommandations, qui s'attachaient à la collaboration au sein d'agglomérations d'un même canton, ont été alors complétées par celles d'un deuxième rapport «Renforcement de la collaboration dans les agglomérations transcantoniales».

Agglomérations en mouvement

Sur le plan des agglomérations prises individuellement, la pression croissante des problèmes, la nécessité d'un front commun des villes et des communes dans la lutte concurrentielle entre les places économiques, et les mesures d'encouragement de la Confédération induisent une réévaluation des structures et la recherche de nouvelles possibilités de solution. Dans le cadre de ces mesures d'encouragement, plus de 30 des 50 agglomérations de notre pays ont intensifié les projets de coopération. De nombreux projets sont en cours, qui vont des modèles de simple collaboration aux modèles de coopération réglementés de manière contraignante et garantis démocratiquement. Quant aux solutions concernant les agglomérations transcantoniales, elles sont particulièrement complexes.

L'avenir montrera si les modèles de collaboration contraignants, voire des fusions s'imposeront. Le développement de l'agglomération de Lucerne pourrait s'avérer intéressant

et revêtir un caractère pionnier, car le gouvernement cantonal mise sur l'option de la fusion.

Domaines politiques

Finances / péréquation financière

La Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches (RPT) est entrée dans sa dernière phase sur le plan fédéral. Le Conseil fédéral doit mettre l'ensemble du projet en vigueur au 1^{er} janvier 2008. La première phase (bases constitutionnelles) et la deuxième phase (adaptation de très nombreuses lois fédérales) sont déjà approuvées. La Commission spéciale du Conseil des Etats a abordé la troisième phase, soit la dotation des instruments de péréquation. La péréquation des ressources en faveur des cantons à faible potentiel de ressources sera dotée d'environ 3 milliards de francs par an. Comparativement au système de péréquation actuel, des moyens nettement plus importants passeront à l'avenir des cantons à fort aux cantons à faible potentiel de ressources. Dans le cadre de la compensation des charges, 344 millions de francs doivent être versés aux cantons «défavorisés» par le truchement de la compensation des charges dues à des facteurs géo-topographiques. Similairement, 344 millions de francs sont prévus dans le cadre de la compensation des charges dues à des facteurs socio-démographiques assumées par les cantons au titre des charges sociales, démographiques et des villes-centres. S'y ajoute une compensation dite des cas de rigueur, qui doit permettre aux cantons jusqu'ici privilégiés de s'adapter progressivement au nouveau régime pendant une phase transitoire.

En son temps, l'Union des villes suisses s'est engagée avec succès en faveur de l'introduction de la nouvelle compensation des charges dues à des facteurs socio-démographiques. L'Union des villes critique toutefois la dotation à ses yeux insuffisante de cette compensation. Et pour les raisons suivantes.

Premièrement, il faut objecter que la répartition de la compensation des charges dues à des facteurs socio-démogra-

phiques, de deux tiers au titre des «charges A» des cantons (structure défavorable de la population) et de un tiers pour les charges excessives des villes-centres, ne tient pas compte des charges effectives. Forte de l'expertise réalisée par l'entreprise Ecoplan, l'Union des villes suisses demande une répartition de la compensation de 38% pour les «charges A» et de 62% pour les charges des villes-centres.

Deuxièmement, l'Union des villes rejette la dotation proposée par le Conseil fédéral, qui prévoit une répartition de la compensation des charges en deux parts égales, l'une pour les charges dues à des facteurs géo-topographiques et l'autre pour celles dues à des facteurs socio-démographiques. L'expertise du 24 mars 2004 établie par Ecoplan sur la pertinence des coûts et la pondération des indicateurs concernant la compensation des charges (*«Kostenrelevanz und Gewichtung von Indikatoren im Lastenausgleich»*) réfute clairement cette hypothèse, retenue au début du projet à défaut de base de calcul. Les résultats différenciés de la recherche débouchent sur une répartition de la compensation de 73% pour les charges dues à des facteurs socio-démographiques et de 27% pour celles dues à des facteurs géo-topographiques. Il convient en outre de relever que les mêmes cantons sont généralement bénéficiaires de la péréquation des ressources et de la compensation des charges au titre des facteurs géo-topographiques.

L'Union des villes suisses a fait valoir sa position au début de cette année lors d'une audition auprès de la Commission spéciale RPT.

Pour les villes et les communes, il importe que la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches soit mise en oeuvre sur le plan cantonal. L'intervention de l'Union des villes a permis d'intégrer initialement deux éléments importants dans le projet: les cantons sont d'une part tenus de transférer aux communes, en leur qualité de prestataires, les fonds liés aux mandats correspondants; par ailleurs, les communes ont le droit d'être entendues. Le même dispositif vaut également pour la coopération intercantonale assortie de la compensation des charges.

S'agissant de l'application intracantonale de la RPT, les villes, les communes et leurs associations cantonales doivent à

présent veiller à ce que le nouveau régime des flux financiers ne les défavorise pas par rapport à l'ancien système.

Transports / fonds d'infrastructure

Le fonds d'infrastructure, qui entre en vigueur le 1^{er} janvier 2008, garantit le financement à long terme des infrastructures routières nationales et, pour la première fois, les investissements dans le transport d'agglomération public et privé à hauteur de 6 milliards de francs. Un postulat de longue date de l'Union des villes suisses se réalise ainsi.

Les besoins et les mesures à prendre se caractérisent comme suit, selon la taille des agglomérations:

- Dans les cinq principales agglomérations, on observe surtout des pénuries de capacités dans les transports publics, en particulier le rail. De même, le réseau des routes nationales et certains tronçons importants des principaux axes de transport sont congestionnés. Le développement des transports publics, combiné à des mesures ciblées de réaménagement du réseau et de complément des routes nationales et régionales, s'impose dans ces cas.
- Dans les agglomérations de moyenne taille, les sollicitations des réseaux routiers, fortes dans certains cas, créent des entraves sur les réseaux des transports publics basés sur le bus. Dans de telles agglomérations, il faut développer le réseau de bus et le doter de meilleures liaisons aux transports ferroviaires. Des investissements dans le réseau routier doivent permettre de canaliser autant de trafic que possible du réseau routier de l'agglomération sur les routes nationales et les voies de délestage.
- Quant aux petites agglomérations, on y relève surtout des problèmes sur les tronçons routiers à forte fréquentation. Dans de tels cas, il faut commencer par procéder à des compléments ciblés du réseau routier et à réduire en particulier la charge pesant sur les localités.

Le financement des futures infrastructures ferroviaires présente manifestement des lacunes. L'Union des villes suisses veillera à ce que la Confédération ne réduise pas de ce fait les moyens prévus pour les agglomérations en grevant le fonds d'infrastructure par des projets ferroviaires sans utilité pour le trafic d'agglomération.



Politique régionale / projet de territoire Suisse

La nouvelle politique régionale a été approuvée par les Chambres fédérales. Il manque toutefois dans la loi les dispositions relatives à la politique des agglomérations qui étaient prévues dans le projet mis en consultation par le Conseil fédéral. Celui-ci a notamment supprimé, sous la pression des régions de montagne, avant même que le projet de loi ne soit traité par les Chambres, les éléments répondant aux préoccupations des villes. En raison des protestations de l'Union des villes suisses, le Conseil fédéral a désormais décidé d'ancrer les intérêts urbains dans la loi sur l'aménagement du territoire.

Le nouveau «Projet de territoire Suisse», élaboré sur une base tripartite sous la conduite de la Confédération, revêt dans ce contexte une importance majeure. Ni le scénario d'une Suisse exclusivement focalisée sur trois métropoles, ni celui d'un pays à l'urbanisation dispersée et éclatée ne méritent qu'on s'y attache. L'objectif souhaitable et réalisable est un pays urbain à plusieurs pôles, composé d'espaces métropolitains concurrentiels et d'un réseau de villes qui intègre également les villes de petite et moyenne taille.

Problématique de l'asile

La votation populaire qui avait pour objet la modification de la loi sur l'asile et la nouvelle loi sur les étrangers a provisoirement clos une discussion politique longue et virulente. La nouvelle réglementation, combinée à la réduction des prestations de la Confédération, entraînera à moyen terme des prestations plus importantes des cantons et des communes au titre de l'aide sociale. L'Union des villes suisses suivra d'un œil critique les effets spatiaux et sociétaux des nouvelles dispositions légales.

Marché de l'électricité

Suite aux délibérations du Conseil national, le Conseil des Etats a défini l'ouverture du marché en deux étapes, en l'as-

sortissant de l'option du référendum. Il a également décidé que l'exploitation et la propriété du réseau national seraient attribuées à une même société nationale et il a empêché que le réseau suisse de transport d'électricité ne puisse passer en mains étrangères.

Dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences, le Conseil national a ensuite décidé, à une courte majorité, d'autoriser le regroupement de petits clients. Cette clause vidait de sa substance le choix d'une libéralisation en deux étapes. La commission compétente du Conseil des Etats a toutefois souligné qu'elle n'acceptait pas cette modification. L'Union des villes suisses continuera de s'engager pour que l'introduction en deux temps de la libéralisation ne soit pas déjouée, faute de quoi le projet risquerait d'échouer en cas de référendum, comme cela avait été le cas du premier projet de libéralisation.

Domaine social

Le développement économique réjouissant contribue à freiner l'augmentation des prestations communales de l'aide sociale. Mais les problèmes du domaine social demeurent importants. Outre la problématique connue des «working poors», les villes et les communes luttent pour créer des emplois qui permettent de réinsérer plus facilement sur le marché du travail les demandeurs d'emploi d'un certain âge, ceux dont la formation est lacunaire et ceux dont les capacités sont restreintes. L'augmentation du nombre de jeunes gens tributaires de l'aide sociale est particulièrement préoccupante. L'Initiative des villes: Politique sociale, qui s'est activement occupée de ces questions, a intensifié ses contacts avec l'économie et la classe politique.

Recensement de la population 2010

La conception du nouveau recensement de la population prévoit un comptage exclusivement basé sur les registres et complété de relevés par échantillonnage.

Cette conception suppose toutefois le recours à divers indicateurs que les villes et les communes doivent encore élaborer. Il s'agit notamment de l'identificateur de personne, de l'identificateur de bâtiment et de l'identificateur de logement. En particulier, la question est encore ouverte de savoir si ce dernier pourra être fourni. La loi prévoit qu'au jour de référence du recensement de la population, d'autres travaux devront éventuellement être réalisés aux frais des communes. Outre ces incertitudes, nombre de données spécifiques au lieu, importantes pour les communes et les agglomérations, ne seront plus disponibles si l'on procède à un simple comptage sur la base des registres assorti de relevés par échantillonnage. Cette situation déplaisante a contraint les cantons et les associations communales à demander, lors d'une audition auprès de la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats, que le comptage sur la base des registres soit complété par un simple questionnaire. La demande a été malheureusement rejetée, de sorte que l'avenir de ce dossier est encore ouvert.

Consultations et auditions

L'Union des villes suisses a participé à de nombreuses auditions auprès des commissions des Chambres fédérales, notamment concernant la révision de l'assurance-invalidité, la réorganisation du marché de l'électricité, le troisième volet de la RPT et le recensement de la population 2010.

Au cours de l'année sous revue, l'Union des villes a pris position en participant aux consultations et auditions suivantes sur le plan fédéral:

- Recensement de la population 2010
- Abrogation de la LF sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger / Modification de la LAT
- Modification de la LRPL
- Règlement sanitaire international (RSI) révisé
- Révision partielle de l'ordonnance sur l'assurance-maladie (OAMa)
- Modification du code des obligations (bail à loyer)
- Loi sur l'Etat hôte (LEH)
- Adaptation du taux de conversion minimal dans la prévoyance professionnelle
- Adaptations sur la base des Accords d'association de Schengen

et de Dublin: ordonnance sur la procédure d'entrée; ordonnances 1 et 3 sur l'asile

- Protocole facultatif se rapportant à la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes (CEDAW)
- Révision du droit de la société anonyme et du droit comptable dans le CO
- Projet d'article constitutionnel et de loi fédérale relative à la recherche sur l'être humain
- Modification d'ordonnance relative au service universel dans le domaine des télécommunications
- Loi fédérale sur la sécurité des produits
- Initiative parlementaire «Engagement du Conseil fédéral lors des votations fédérales»
- Ordonnance concernant des mesures en matière de lutte contre le travail au noir
- LF sur l'approvisionnement en électricité (LApEI) et révision de la loi sur les installations électriques (LIE)
- Audition sur le projet de nouvelle ordonnance sur la radio et la télévision (ORTV)
- Adaptation de la loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD) en vue du Championnat d'Europe de football 2008
- Suppression et simplification d'autorisations
- Révision des ordonnances d'exécution de la LTC
- RPT; dotation de la péréquation des ressources, de la compensation des charges et de la compensation des cas de rigueur
- Révision de la LF instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI)
- Projet relatif au trafic marchandises
- Projet de modification de l'ordonnance sur l'assurance-maladie (OAMa) + ordonnance sur la carte d'assuré pour l'assurance obligatoire des soins (OCA)
- Initiative parlementaire «Indemnisation pour nuisances sonores dues au trafic aérien»
- Réforme structurelle de la prévoyance professionnelle. Mesures pour les travailleurs âgés.
- Modification de l'ordonnance relative à une redevance sur le trafic des poids lourds (ORPL)
- Stratégie suisse de cyberadministration et convention-cadre prévue entre la Confédération et les cantons
- Modification de la loi fédérale sur l'imposition du tabac
- Projet de loi fédérale sur Promotion Suisse

Organismes nationaux

Conférence tripartite sur les agglomérations

La Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) – un organe de la Confédération, de la Conférence des gouvernements cantonaux et des associations des villes et des communes – traite les questions de politique des agglomérations et certains aspects de politique sectorielle importants pour les villes et les communes.

La Conférence tripartite sur les agglomérations s'est occupée des thèmes suivants:

- renforcement de la compétitivité internationale des agglomérations;
- rapport intermédiaire sur la politique des agglomérations de la Confédération;
- politique des étrangers et de l'intégration;
- politique de l'asile;
- politique des cantons concernant les agglomérations;
- recensement de la population 2010;
- relations publiques;
- négociations au sujet de l'Accord général sur le commerce des services (AGCS / GATS).

De plus, en date du 1^{er} février 2007, la CTA a organisé une journée nationale, couronnée de succès, sur la collaboration dans les agglomérations transcantoniales. Cette journée a fourni l'occasion de présenter le rapport correspondant de la CTA.

Groupe parlementaire « politique communale »

Le groupe parlementaire fédéral «politique communale», encadré conjointement par l'Association des communes suisses et par l'Union des villes suisses, a traité les affaires suivantes: infrastructures et transport d'agglomération, marché de l'électricité, réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches, recensement de la population.

La contribution de ce groupe a été déterminante pour faire valoir les intérêts communaux sur le plan national.

Association des communes suisses

L'étroite collaboration avec l'Association des communes suisses a permis de réunir des majorités politiques en faveur des visées de politique des agglomérations. La suppression des droits de monopole sur le sel d'épandage et le contrat-cadre relatif au recyclage du vieux papier sont également des succès à mettre au crédit de l'alliance des associations communales, qui se sont appuyées sur les travaux de l'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED).

Le Comité de l'Union des villes suisses remercie sincèrement l'Association des communes suisses de sa loyale coopération.

ORGANISATIONS

En vertu de l'article 17 de ses statuts, l'Union des villes suisses est structurée comme suit quant à ses commissions, organisations spécialisées et sections.

Commissions et groupes de travail: l'Union des villes continue de mettre sur pied des commissions et des groupes de travail pour traiter les problèmes sectoriels.

Organisations spécialisées: elles ont un règlement, des finances et un cercle de membres en propre. Elles ne sont pas autonomes du point de vue juridique. La conduite de leurs affaires relève de l'UVS. Tel est le cas de l'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED).

Sections: celles-ci sont des associations juridiquement autonomes, qui disposent de compétences et d'une organisation propres. Dans leur domaine spécialisé, elles agissent en leur propre nom. Les prises de position sur les points de politique fondamentaux et sur les questions transsectorielles sont du ressort de l'UVS. L'Initiative des villes: Politique sociale et la Conférence des directeurs de police des villes suisses relèvent de cette catégorie.

Commissions, groupes de travail

On a étoffé le personnel du Groupe de travail de statistique. Ce groupe a préparé l'édition 2007 des «Statistiques des villes suisses» et a élaboré la prise de position de l'Union quant au recensement de la population 2010.

La Commission d'informatique a une nouvelle fois étudié la stratégie de cyberadministration de la Confédération. Elle a pris position quant au projet correspondant mis en consultation par les autorités fédérales. Sa réunion annuelle a en outre été l'occasion d'un intense échange d'expériences.

Le Groupe de travail e-geo.ch a pris position en détail à propos des nombreuses ordonnances d'exécution de la nouvelle législation fédérale.

La Commission technique environnement et énergie, sous la conduite de l'Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED), s'est de nouveau préoccupée de la problématique des particules fines et des questions d'acquisitions respectueuses de l'environnement dans les communes.

Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED)

Les négociations, qui ont duré plusieurs années pour trouver une solution au financement du vieux papier, se sont ache-

vées sur un succès. Le contrat-cadre relatif au financement des collectes communales de vieux papier est entré en vigueur en janvier 2007. Il apporte aux communes, par la définition de prix minimaux de reprise, une garantie de cinq ans contre une baisse des prix sur le marché du vieux papier, tout en ménageant une marge de manœuvre pour fixer des prix supérieurs dans le cadre de contrats individuels entre les communes et les acquéreurs.

Conjointement aux associations communales, l'ORED a obtenu un succès dans les négociations quant à la question des droits de monopole sur le sel d'épandage pour le service hivernal. Les Salines du Rhin abaissent la taxe, actuellement de cinquante francs, à un franc symbolique par tonne. Les villes et les communes économiseront ainsi chaque année quelque 15 millions de francs.

L'ORED a également demandé une solution de financement pour les bouteilles de boissons en PET, après que la branche a massivement réduit les indemnités versées aux services de collecte communaux en appliquant la solution d'économie privée actuellement en vigueur. Le conseiller national Banga a déposé une motion à ce sujet.

Lors d'une journée d'étude sur la gestion des infrastructures communales, les questions concernant le maintien de leur valeur à moyen terme, leur financement ainsi que la politique des taxes ont été approfondies.

Le thème de la propreté et de la sécurité dans les villes et les communes a suscité un vif intérêt, notamment en Suisse romande. Lors d'une journée d'étude organisée à Lausanne, des spécialistes ont exposé des variantes permettant de résoudre les problèmes par une coopération interdisciplinaire.

Le Bureau de l'ORED a accompli les travaux préparatoires en vue d'orienter le champ d'activités de l'organisme davantage vers les questions de gestion transsectorielle des infrastructures communales. L'effectif de l'ORED, une nouvelle fois en hausse (+10%), totalise 180 membres. Les comptes annuels de l'ORED se soldent par un bénéfice de 10'210 francs.



Initiative des villes: Politique sociale

L'Initiative des villes: Politique sociale s'est surtout occupée l'année passée des dossiers de la 5^e révision de la loi sur l'AI, de la révision de l'assurance-chômage, de la révision de la loi sur l'asile et de la nouvelle loi sur les étrangers. Lors de leur conférence de printemps 2006, les membres de l'Initiative des villes ont étudié de manière approfondie les questions de l'intégration professionnelle et de l'intégration sociale. L'intégration est une condition préalable indispensable pour que les bénéficiaires de l'aide sociale en deviennent indépendants. La conférence d'automne 2006, conçue sous la forme d'une journée d'étude, a permis aux spécialistes des villes membres d'échanger sur les projets d'intégration professionnelle actuels et de développer de précieuses idées pour la suite du travail sur le terrain.

Au cours des prochaines années, le thème du travail et de l'intégration professionnelle restera essentiel pour l'Initiative des villes: Politique sociale. Outre la création, dans le cadre de projets prévoyant des salaires partiels, de places de travail supplémentaires facilement abordables pour les bénéficiaires de l'aide sociale, la question brûlante est de savoir comment permettre aux jeunes sortant des écoles de passer sans interruption dans le processus de travail ou dans une filière d'étude subséquente.

Le projet de révision de l'assurance-chômage (AC) préfigure une fois de plus d'importants transferts de charges sur les villes et les communes. Sur ce point également, les villes seront mises au défi.

L'Initiative des villes: Politique sociale apprécie la collaboration constructive et compétente avec l'Union des villes suisses. Cette alliance a permis, notamment l'année passée, d'amplifier la voix sociale des villes et des communes dans la Berne fédérale.

L'Initiative des villes: Politique sociale est dirigée par:

- Ruedi Meier, conseiller municipal et directeur des affaires sociales, Lucerne (président depuis 2002);
- Marianne Huguenin, conseillère municipale et directrice des affaires sociales, Renens (vice-présidente depuis 2005; remplacée dès 2007 par Jean-Christophe

Bourquin, conseiller municipal et directeur des affaires sociales, Lausanne);

- Maja Ingold, conseillère municipale et directrice des affaires sociales, Winterthur (depuis 2002);
- Edith Olibet, conseillère municipale et directrice de la formation, des affaires sociales et du sport, Berne (depuis 2005).

Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS)

La CDPVS a tenu son Assemblée générale les 27 et 28 avril 2006 à Berne. Elle a en outre organisé à Zurich, le 8 septembre 2006, la 4^e Conférence sur la sécurité urbaine, dédiée au thème du «sport sans violence». En raison de la nature interdisciplinaire du sujet, cette conférence était ouverte, outre aux directeurs de police, aux représentants du domaine sportif et aux fonctionnaires du monde du football. Elle a suscité un vif intérêt.

La CDPVS est représentée dans diverses institutions qui sont de grande importance pour les corps de police municipaux, notamment dans le Conseil de la sécurité routière et dans le Conseil de fondation de l'Institut suisse de police (ISP). La CDPVS entretient aussi de bons contacts avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), la Conférence des commandants des polices cantonales de Suisse (CCPCS) et la Société des chefs de police des villes de Suisse (SCPVS).

M^{me} Esther Maurer, conseillère municipale et directrice de la police de Zurich, assume la présidence depuis 2002.

Les membres du Comité sont M. Hubert Schlegel (conseiller municipal et directeur de la police de Saint-Gall), M^{me} Robetta Pantani-Tettamanti (conseillère municipale et directrice de la police de Chiasso) et M^{me} Doris Cohen-Dumani (conseillère municipale et directrice de la police de Lausanne). Outre la planification stratégique, le Comité doit élaborer les prises de position dans le cadre des consultations fédérales, en particulier à l'attention du DFJP, et représenter les intérêts des villes au sein de divers organismes.

En cours d'exercice, M^{me} Doris Cohen-Dumani a été remplacée par M. Marc Vuilleumier, conseiller municipal, et M. Nino Cozzio, conseiller municipal, a pris la succession de M. Hubert Schlegel (les nominations officielles auront lieu lors de la prochaine Assemblée générale).

M. Urs Geissmann, directeur de l'Union des villes suisses, prend régulièrement part aux réunions du Comité de la CDPVS en qualité de membre consultatif.

La CDPVS opère de manière autonome, en tant qu'association professionnelle, sous l'égide de l'Union des villes suisses. L'étroite coopération avec l'UVS, à laquelle il revient en propre de représenter les intérêts des villes auprès de la Confédération, s'avère très avantageuse. Les affaires traitées prioritairement en 2006 ont été les suivantes:

- révision au niveau de l'ordonnance du droit sur la circulation routière en relation à l'introduction du tachygraphe numérique;
- loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté sportive;
- prise de position quant au rapport final du groupe de travail sur les engagements de police intercantonaux (IKAPOL) de la CCDJP;
- adaptation des structures d'asile, modification de l'ordonnance 2 sur l'asile relative au financement et d'autres ordonnances;
- modification de la loi relative à une redevance sur le trafic des poids lourds;
- prise de position quant à la conception globale de la politique de formation: conduite / organisation de l'ISP;
- prise de position dans le cadre de la consultation sur la modification de la loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI).

La CDPVS prévoyait de longue date de créer son propre site internet. Des aspects financiers s'opposaient à une réalisation rapide. A la fin de l'année sous revue, une variante a été élaborée: le site sera accessible dès le printemps 2007.

PRESTATIONS DE SERVICES

Journées d'étude et d'information

L'Union des villes suisses, en collaboration avec l'Office fédéral du développement territorial (ARE) et la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP), a organisé deux journées sur le thème du développement durable.

La Conférence tripartite sur les agglomérations a organisé une journée sur la problématique des agglomérations trans-cantoniales.

Service-conseil en assurance

L'Association des communes suisses et l'Union des villes suisses disposent conjointement des prestations de conseil fournies par la société Trees SA. Les membres de l'UVS y font également appel.

Honoraires SIA

Comme de coutume, les recommandations en matière d'honoraires SIA ont été l'œuvre commune de la Conférence des services fédéraux de construction (CSFC), de l'Office fédéral des constructions et de la logistique (OCL), de la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement (DTAP) et de l'UVS. Les recommandations 2007 ont paru au début de l'année.

A été également publié le modèle de contrat pour les prestations de mandataires répondant aux dispositions de la Coordination des services fédéraux de la construction et de l'immobilier, aux travaux de laquelle l'Union des villes est associée.



« Statistiques des villes suisses »

L'édition 2007 des « Statistiques des villes suisses » a paru sous une forme remaniée. Elle contient la teneur des données de 140 villes et communes, dont 119 ont plus de 10 000 habitants. Sa réalisation a une fois de plus bénéficié de la contribution de l'Office de la statistique de la ville de Zurich.

« die stadt – les villes »

Cette publication bilingue, tirée à quelque 2500 exemplaires, s'adresse au cercle des membres de l'UVS et aux décideurs du monde politique suisse.

« die stadt – les villes » a traité les thèmes suivants en 2006: l'intégration des étrangers, la cyberadministration, la gestion des déchets, les transports, la réforme de la péréquation financière, les agglomérations, l'habitat, l'aide sociale, les naturalisations, le marché intérieur, la sécurité informatique.

Internet

Le site internet de l'Union des villes suisses (www.staedteverband.ch) est régulièrement mis à jour et renseigne sur l'UVS, ses structures, ses prestations, ses communiqués de presse actuels et ses prises de position dans le cadre de procédures de consultation, etc.

Service de documentation et d'enquête

Le service de documentation et d'enquête a continué d'être sollicité par les membres de l'Union. Le Secrétariat a notamment mené une enquête sur les indemnités aux autorités.

STRUCTURE DE L'UNION

Journée des villes 2006

Quelque 180 délégués, intervenants et invités ont pris part cette année à la Journée des villes, qui a eu lieu les 7 et 8 septembre 2006 à Sierre. M. Pierre-Alain Rumley, directeur de l'Office fédéral du développement territorial, s'est exprimé en qualité de représentant de la Confédération. Au terme de son exposé d'ouverture sur le développement territorial en Suisse, d'autres intervenants se sont prononcés sur la politique régionale et la politique des agglomérations. A l'occasion de sa traditionnelle conférence de presse, l'Union des villes suisses a demandé que la politique des agglomérations soit ancrée dans la loi et que les politiques sectorielles soient davantage axées sur les espaces urbains.

Membres

L'Union des villes suisses compte 125 membres, représentant au total plus de 3 millions d'habitants.

Comité

Marcel Wenger, maire de Schaffhouse, a été élu en remplacement du membre sortant Bruno Heinzmann, maire de Kloten. Le Comité se compose donc comme suit pour la période 2007-2009:

- *Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident, Aarau (président)*
- *Daniel Brélaz, syndic, Lausanne (1^{er} vice-président)*
- *Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich (2^e vice-président)*
- *Christiane Feldmann-Reichen, Stadtpräsidentin, Murten*
- *Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident, Solothurn*
- *Françoise Jeanneret, conseillère communale, Neuchâtel*
- *Fernand Mariétan, président, Monthey*

- *Dr. Guy Morin, Regierungsrat, Basel-Stadt*
- *Dott. Carla Speziali, Sindaco, Locarno*
- *Hans Stöckli, conseiller national, maire, Biel-Bienne*
- *Urs W. Studer, Stadtpräsident, Luzern*
- *Manuel Tornare, conseiller administratif, Genève*
- *Alexander Tschäppät, Stadtpräsident, Bern*
- *Peter Vogt-Jourdan, Gemeindepräsident, Muttenz*
- *Marcel Wenger, Stadtpräsident, Schaffhausen*
- *Ernst Wohlwend, Stadtpräsident, Winterthur*

Secrétariat

M. Urs Geissmann, directeur et chargé de l'ensemble des affaires, s'occupe des domaines suivants: politique, relations publiques, formation et journées d'information. Il représente l'UVS dans les organes directeurs de l'ORED, de l'Initiative des villes: Politique sociale, de la Conférence des directeurs de police des villes suisses et au conseil d'administration de Trees SA, société de conseil en assurances.

M. Jean-Philippe von Arx est chargé des contacts avec la Suisse romande, de la rédaction de l'organe de l'Union «die stadt – les villes» et de la publication des «Statistiques des villes suisses».

M^{me} Barbara Santschi, collaboratrice à temps partiel attachée à la direction, s'occupe de dossiers de politique fédérale.

M^{me} Michelle Bart est chargée des affaires du secrétariat, de l'organisation des cours et des manifestations.

M^{me} Gabriela Pieren, employée à temps partiel, est chargée de la comptabilité.

En terme d'emploi, l'effectif du secrétariat de l'UVS correspond à 380%.

M. Alexandre Bukowiecki est chargé des affaires de l'ORED. Il est secondé par M^{me} Laura Fellmann, employée spécialisée. L'effectif du secrétariat de l'ORED correspond à 190% de poste.

Comptes

Les comptes 2006 se clôturent sur un déficit de 9'296,65 francs.

Cotisations

Les cotisations actuelles, d'un montant inchangé de 26 centimes par habitant, sont calculées sur la base du recensement de la population 2000.

Berne, février 2007

N.B.: Traduction, la version en allemand fait foi

VERTRETUNGEN/ REPRÉSENTATIONS

Kommissionen SSV **Commissions UVS**

Kontrollstelle/Contrôleurs

A. Neukomm, a. Gemeinderat, Hallau, Präsident
KO Bill, CEO Energie Wasser Bern, Bern
F. Pasche, a. Secrétaire municipal, Lausanne
E. Sicher, Finanzkontrolle der Stadt Zürich

Arbeitsgruppe Statistik

Groupe de travail de statistique

W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich, Präsident
M. Baster, Bevölkerungsstatistik Stadt Zürich
G. Brunner, Stadtentwicklung Stadt Winterthur
Dr. A. Knecht, Statistikdienste Stadt Bern
P. Laube, Leiter Statistisches Amt, Kanton Basel-Stadt
G. A. Paravicini, Vorsteher Amt für Statistik, Kanton Luzern
R. Rietschin, Office cantonal de la statistique, Genève
Ch. Roh, SCRIS, Lausanne
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
J.-Ph. von Arx, Redaktor Schweiz. Städteverband

Fachgruppe Umwelt und Energie SSV/FES

Commission technique environnement et énergie UVS/ORED

H. Künzle, Umweltfachstelle, St. Gallen, Präsident
B. Bébié, Energiebeauftragter, Industrielle Betriebe, Zürich
U. Capaul, Stadtökologe, Schaffhausen
Ch. Diez, Umweltbeauftragter, Thun
R. Hochuli, Umweltfachstelle, Aarau
E. Schmausser, Umweltschutzfachstelle, Winterthur
G. Schmid, Umweltschutz, Luzern
B. Trüssel, Amt für Umwelt, Zug
K. Tschanz, Umwelt- und Gesundheitsschutzamt, Zürich
A. Bukowiecki, Geschäftsführer FES

Informatik-Kommission

Commission d'informatique

P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden, Präsident
P. App, Direktor VRSG, St. Gallen
R. Cotting, Chef de service inf., Fribourg
P. Imhof, Gemeindeschreiber, Wetzikon
Th. Jaquet, Chef ZV + PD, Schaffhausen
U. Jermann, Geschäftsleiter SIK/CSI, Basel
D. Kreuzer, Systemingenieur, Köniz
B. Landolt, Leiter Informatik, Emmen
G. Moi, Chef SOI, Lausanne
B. Santschi, Adjunktin Schweiz. Städteverband

Arbeitsgruppe e-geo.ch

Groupe de travail e-geo.ch

Ch. Gees, Leiter GIS-Zentrum, Zürich, Präsident
U. Baumgartner, Stadtgeometer, St. Gallen
R. Conrad, Abteilungsleiter GI, Chur
Y. Deillon, chef du service du cadastre, Lausanne
M. Dellenbach, Abteilungsleiter GIS, Luzern
Ch. Früh, Stadtgeometerin, Bern
L. Hoffmann, concepteur du SITV, Genève
D. Kofmel, Stadtgeometer, Winterthur
S. Rolli, Leiter GIS-Zentrum, Basel
B. Wittmer, Projektleiter, Planungsamt, Thun
O. Wolter, Stadtplanung, Schaffhausen

Fachorganisationen SSV

Organisations spécialisées UVS

Fachorganisation für Entsorgung und Strassen- unterhalt (FES)

Organisme pour les problèmes d'entretien des routes, d'épuration des eaux usées et d'élimination des déchets (ORED)

Präsident/Président: Gottfried Neuhold, Direktor ERZ, Zürich
Geschäftsführer/Secrétaire: Alexandre Bukowiecki, Bern

Sektionen SSV

Sections UVS

Städteinitiative Sozialpolitik (SI)

Initiative des villes: Politique sociale (IV)

Präsident/Président: Ruedi Meier, Stadtrat, Luzern
Geschäftsführer/Secrétaire: Marcel Schuler, Luzern

Konferenz städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD)

Conférence des directeurs de police des villes suisses (CDPVS)

Präsidentin/Présidente: Esther Maurer, Stadträtin, Zürich
Sekretariat/Secrétariat: Christina Beurret-Fehr, Zürich

Kommissionen des Bundes Commissions fédérales

Neuordnung Finanzausgleich Nouvelle péréquation financière

- Politisches Steuerungsorgan:
Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau
- Leitorgan:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband
- Projektgruppe Lastenausgleich:
L. Berrisch, Departementssekretärin, Zürich
- Projektgruppe Agglomerationsverkehr:
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidg. Ausländerkommission Commission fédérale des étrangers

L. Ruckstuhl, a. Stadträtin, St. Gallen

Konferenz der Bauorgane des Bundes Conférence des services fédéraux de construction

- P. Ess, Direktor Amt f. Hochbauten, Zürich
- Arbeitsgruppen:
S. Eberle, Fachstellenleiterin, Winterthur
 - Fachgruppe Dienstleistungen Planer:
Th. Braun, Bereichsleiter Amt f. Hochbauten, Zürich

Informationsportal www.ch.ch Portail d'information www.ch.ch

P. App, Direktor Verwaltungsrechenzentrum AG, St. Gallen

Beirat «Erwerbsunabhängige Steuergutschriften» Groupe d'experts pour les crédits d'impôt indépendants du revenu

M. Ingold, Stadträtin, Winterthur

Steuerungsgruppe «Mobility Pricing» Comité de pilotage «Mobility Pricing»

Dr. U. Geissmann, Direktor Städteverband

Arbeitsgruppe «Vote électronique» Groupe de travail «Vote électronique»

M. Bietenhard, Stadtschreiber, Thun
P. Kreuzer, Leiter Informatik, Köniz-Muri

Arbeitsgruppe «Finanzstatistik» Groupe de travail «Statistique financière»

W. Wittmer, Direktor Statistik Stadt Zürich

Begleitkommission Langsamverkehrsstatistik Commission d'accompagnement de la statistique «mobilité douce»

Dr. W. Troxler, stv. Hauptabteilungsleiter, Statistik Stadt Zürich

Begleitgruppe Registerharmonisierung Groupe d'accompagnement «harmonisation des registres»

Dr. W. Troxler, stv. Hauptabteilungsleiter, Statistik Stadt Zürich

Strategiegruppe agglo.ch (Agglomerationsdefinition) Groupe stratégique agglo.ch (définition des agglomérations)

W. Wittmer, Direktor, Statistik Stadt Zürich

Schweizerische Organisationen Organisations suisses

Schweizerischer Zivilschutz-Fachverband der Städte Association professionnelle suisse de la protection civile des villes

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der Schweizer Städte für Kulturfragen Conférence des villes suisses en matière culturelle

J.-Ph. von Arx, Redaktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Informatikkonferenz (Vorstand) Conférence suisse sur l'informatique (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (Patronatskomitee)

Société suisse des sciences administratives (comité de patronage)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Tripartite Agglomerationskonferenz Conférence tripartite sur les agglomérations

Dr. M. Guignard, Stadtpräsident, Präsident SSV, Aarau
D. Brélaz, syndic, Lausanne
Dr. E. Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich
H. Stöckli, NR, Stadtpräsident, Biel
Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales

R. Meier, Stadtrat, Luzern (Vorstand)
Dr. M. Hohn, Vorsteher Fürsorgeamt, Bern



Städtische Steuerkonferenz Schweiz

Conférences des villes suisses sur les impôts

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

eCH

P. Züllig, Leiter Zentrale Dienste, Baden

Schweizerischer Verband der Einwohnerkontrollen

Association suisse des contrôles des habitants

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz

Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement

M. Waser, Stadtrat, Zürich (Vorstand)

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs

Conférence des directeurs cantonaux des transports publics

D. Brélaz, syndic, Lausanne (comité)

Internationale Organisationen *Organisations internationales*

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe

D. Ghisletta, Vizestadtpräsident, Bellinzona

E. Maurer, Stadträtin, Zürich

Schweizerische Vereinigung für den Rat der Gemeinden Europas (Vorstand)

Association suisse pour le Conseil des communes d'Europe (comité)

Dr. U. Geissmann, Direktor Schweiz. Städteverband

Eidgenössische Parlamentariergruppe

« Kommunalpolitik »

Groupe parlementaire

« Politique communale »

Vorstand/Comité

B. Banga, Nationalrat, Grenchen, Präsident

V. Amherd, Nationalrätin, Brig-Glis

D. Berberat, conseiller national, La Chaux-de-Fonds

K. Fluri, Nationalrat, Solothurn

U. Haller, Nationalrätin, Thun

H. U. Mathys, Nationalrat, Holzikon

H. Germann, Ständerat, Opfertshofen

Dr. U. Geissmann, Direktor Städteverband

ERFOLGSRECHNUNG / COMPTES D'EXPLOITATION 2006

Ertrag / Revenus

Mitgliederbeiträge / Cotisation des membres	789 442.00
Zinsen / Intérêts	12 893.60
«die stadt – les villes»	59 667.55
«Statistik der Schweizer Städte» / «Statistiques des villes suisses»	2 342.25
Verwaltungskosten FES + Städteinitiative / Administration ORED + Initiative des villes	217 000.00
Übriger Ertrag / Autre revenu	3 668.55

Aufwand / Charges

Sachaufwand / Dépenses générales

Städtetag / Journée des villes	9 406.70
Sitzungen und Reisen / Séances et voyages	14 978.10
Tripartite Agglomerationskonferenz / Conference tripartite sur les agglomérations	19 528.00
«die stadt – les villes»	78 469.25
«Statistik der Schweizer Städte» / «Statistiques des villes suisses»	11 622.10
Diverse Kosten (Fremdarbeiten) / Frais divers (travaux de tiers)	2 430.45
Miete, Mietnebenkosten Florastrasse / Loyer, Charges de loyer Florastrasse	54 404.90
Anschaffungen / Acquisitions	940.40
U / R Allgemein / Büromaschinen / EDV / E / R général / Appareils de bureau / TED	19 480.15
Porti, Telefon / Ports et téléphones	13 503.60
Büromaterial, Drucksachen / Fournitures de bureau, imprimés	9 304.95
Bibliothek, Zeitungen / Journaux, livres	15 963.10
Geschäftsbericht / Rapport de gestion	17 899.10
Kontrollstelle / Organe de contrôle	4 521.85
Revision Buchhaltung, Beratung extern / Contrôle des comptes hors services	4 069.45
Verschiedene Sachkosten / Dépenses diverses	5 070.05
Beiträge an Organisationen / Cotisations à diverses organisations	6 482.85
Raumkonzept Schweiz / Projet de territoire CH	10 000.00
Total Sachaufwand / Total Dépenses générales	298 075.00

Personalaufwand / Frais de personnel

Löhne / Salaires	657 688.30
Sozialleistungen / Charges sociales	117 950.80
Übrige Personalkosten / Autres frais	20 596.50
Total Personalaufwand /	
Total Frais de personnel	796 235.60

Total Ertrag / Total des revenus	1 085 013.95
Reinverlust / Déficit net 2006	9 296.65
	1 094 310.60

Total Aufwand / Total des charges	1 094 310.60
	1 094 310.60

VERMÖGENSRECHNUNG / DÉTAIL DE LA FORTUNE 31.12.2006

Aktiven / Actifs

Umlaufvermögen / Actifs circulants

Flüssige Mittel / Liquidités

Kasse / Caisse	1 050.65
Postkonto / Compte de chèques	67 788.95
Banken / Banques	25 674.45
Geldanlage / Placements	699 968.00
Total Flüssige Mittel / Total Liquidités	794 482.05

Forderungen / Créances

aus Lieferungen und Leistungen / pour fournitures et prestations	1 581.70
Total Forderungen / Total Créances	1 581.70

Übriges Umlaufvermögen / Autres actifs circulants

Verrechnungssteuer / Impôts anticipés	81.55
FES / ORED Bern, Kto.-Krt.	1 671.65
Aktive Rechnungsabgrenzung / Actifs transitoires	20 011.85
Total übr. Umlaufvermögen / Total Autres actifs circulants	21 765.05

Total Umlaufvermögen / Total Actifs circulants 817 828.80

Anlagevermögen / Actifs immobilisés

Sachanlagen / Immobilisations corporelles

Mobiliar / Mobilier	1.00
OKS-Signet	1.00
Total Sachanlagen / Total Immobilisations corporelles	2.00

Total Anlagevermögen / Total Actifs immobilisés 2.00

BILANZSUMME / BILAN 817 830.80

Passiven / Passifs

Fremdkapital / Fonds étrangers

Kurzfristige Verbindlichkeiten / Engagements à court terme

aus Lieferungen und Leistungen / pour fournitures et prestations	18 877.90
Passive Rechnungsabgrenzung / Passifs transitoires	29 186.00
Total kurzfr. Verbindlichkeiten / Total Engagements pour fournit. et prest.	48 063.90

Rückstellungen / Provisions

Ausgleichsreserve Pensionskasse / Réserve d'égalisation Caisse de pension	70 000.00
Schulung / Formation «die stadt – les villes»	11 000.00 40 000.00
Total Rückstellungen / Total Provisions	121 000.00

Total Fremdkapital / Total Fonds étrangers 169 063.90

Eigenkapital / Fonds propres

Vermögen / Fortune 31.12.06	648 766.90
Total Eigenkapital / Total Fonds propres	648 766.90

Total Eigenkapital / Total Fonds propres 648 766.90

BILANZSUMME / BILAN 817 830.80

Eventualverpflichtungen FES (per 31.12.2006; ohne SSV / OKS)

Obligations éventuelles envers l'ORED (au 31.12.2006; sans UVS / OKS)

5 503.80



BERICHT DER REVISIONSSTELLE

an die Mitgliederversammlung des Schweizerischen Städteverbandes

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des **Schweizerischen Städteverbandes** für das am **31. Dezember 2006** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten. Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Revisionsstelle:

sign. A. Neukomm K. Bill F. Pasche E. Sicher

Bern, 4. April 2007